



DIE GESTRICHENEN

Der Entzug der wissenschaftlichen Titel durch die Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau in den Jahren 1933-1945

Redaktion: Norbert Finzsch, Krzysztof Ruchniewicz in Zusammenarbeit
mit Anna Kurpiel

Übersetzung aus dem Deutschen und ins Deutsche: Andrzej Golda
und Sonja Stankowski

Satz: Ewa Kutkowska

ISBN 978-83-7977-088-5



Oficyna Wydawnicza ATUT – Wrocławskie Wydawnictwo Oświatowe
ul. Kościuszki 51a, 50-011 Wrocław, tel. 71 342 20 56...58, fax 71 341 32 04
<http://www.atut.ig.pl>, e-mail: oficyna@atut.ig.pl

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort – Norbert Finsch, Krzysztof Ruchniewicz	5
Cezary Przybylski, Marschall der Wojewodschaft Niederschlesien	7
Rafał Dutkiewicz, Stadtpräsident von Breslau	9
Prof. Marek Bojarski, SM Rektor der Universität Breslau	11
Prof. Axel Freimuth, SM Rektor der Universität zu Köln	17

Biogramme

Siegfried Fischer (<i>Edyta Kotyńska</i>)	25
Arthur Guttman (<i>Mateusz Matuszyk</i>)	27
Paul Tillich (<i>Mateusz Matuszyk</i>)	29
Abraham Albert Kahlberg (<i>Kai Kranich</i>)	31
Otto Landsberg (<i>Anne Mareike Lisker</i>)	35
Hugo Steintal (<i>Mateusz Matuszyk</i>)	37
Elfriede Danziger (<i>Kai Kranich</i>)	39

Erklärung	43
-----------	----

Die „Gestrichenen“

Das Projekt, das wir symbolisch die „Gestrichenen“ genannt haben, betrifft eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte. Nach 1933 entließen die Nationalsozialisten hunderte von Personen aus politischen und rassistischen Gründen aus den Universitäten. Darüber hinaus wurden ihnen akademische Titel aberkannt. Der Großteil dieser Personen wurde zur Auswanderung gezwungen. Diejenigen, die zurück blieben, erfuhren in den folgenden Jahren unterschiedliche Formen von Diskriminierung und Verfolgung, wurden verhaftet, verloren sogar ihr Leben.

Ein Ort solcher Handlungen war unter anderem Breslau und seine Universität. 80 Jahre später, dank der Zusammenarbeit zwischen der Universität Wrocław und ihrer Partneruniversität, der Universität zu Köln, wurde eine gemeinsame Erklärung entworfen, die zwar die aberkannten Titel nicht wieder verleihen kann, weil es aus juristischen Gründen unmöglich ist, sich aber zur Aufgabe machte, die Opfer der damaligen Verfolgung zu ehren. Die im Jahre 1945 gegründete Universität Wrocław ist keine Rechtsnachfolgerin der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, doch bereits seit vielen Jahren knüpft sie an ihre Tradition an, u. a. durch die Organisation von Jubiläumsfeierlichkeiten.

Die Erklärung der beiden Universitäten erinnert die akademische Gemeinschaft nicht nur an jene dunkle Zeit und die damals Leidtragenden, sondern macht auch auf die Ablehnung der Grundwerte der wissenschaftlichen Welt unter dem Druck der totalitären Ideologie aufmerksam.

Die Veröffentlichung der Erklärung war dank der sich seit vielen Jahren stetig entwickelnden Zusammenarbeit zwischen unseren Universitäten möglich. Sie ist auch ein Zeichen für die guten deutsch-polnischen Beziehungen, die unsere Staaten seit 25 Jahren pflegen.

Zu Händen der Leser geben wir nun die Dokumentation des Festaktes an der Universität Wrocław, der an der Universität Wrocław am 22.01.2015 im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Erklärung stattfand.

Norbert Finzsch, Krzysztof Ruchniewicz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn ich Niederschlesien mit einem Wort charakterisieren sollte – dann wäre dieses Wort Veränderung.

Niederschlesien ist eine Region der Veränderungen, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, aber vor allem historischer Art. Unsere Region gehörte in der Vergangenheit zu Polen, Böhmen, Österreich und Preußen. Im Endeffekt ist sie zum Erben aller hier in der Vergangenheit lebenden Nationen geworden, indem sie in sich den Reichtum der Tradition, des architektonischen, kulturellen bzw. wirtschaftlichen Erbes vereint.

Wir Niederschlesier, mit unserer Vergangenheit und unserer komplizierten Identität, haben einen großen Respekt vor der Geschichte. Wir verstehen auch, dass der Aufbau unserer Zukunft von uns erfordert, auch die komplizierte Geschichte der Region kennen zu lernen, die nach dem Krieg unsere Heimat geworden ist. Kennen zu lernen und sich zu Eigen zu machen, denn in dieser Geschichte finden wir Kapitel mit rühmlichen Ereignissen, aber auch Kapitel, die man lieber vergessen möchte. Wir wissen jedoch, dass nicht vergessen werden darf, dass wir gegenüber diesen vergangenen Geschehnissen und Menschen, die unter ihnen gelitten haben, nicht gleichgültig bleiben dürfen. Selbst wenn sie nicht mit Taten unserer Vorfahren verbunden waren und wir keinerlei Verantwortung für sie tragen.

In diese Art, über die Vergangenheit von Niederschlesien zu denken, passt das Projekt „Gestrichene“ - eine gemeinsame Initiative der Universität Breslau in Zusammenarbeit mit der Universität Köln sowie des Marschallamts der Wojewodschaft Niederschlesien und der Stadtverwaltung von Breslau. Unser gemeinsames Wirken hat die symbolische Rehabilitation von Wissenschaftlern zum Ziel, die hauptsächlich jüdischer Herkunft waren, denen in den Jahren 1933 bis 1945 aufgrund ihrer Rassenherkunft bzw. ihrer Opposition gegen die nationalsozialistische Diktatur von der Leitung der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau die wissenschaftlichen Titel entzogen wurden.

Die Idee, an Wissenschaftler zu erinnern, die von der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau verwiesen wurden, ist nicht in Breslau entstanden. Der Initiator ist Kai Kranich, ein junger Wissenschaftler aus Dresden, der in seiner wissenschaftlichen Arbeit das Thema der nationalsozialistischen Diktatur in Breslau untersucht hat. Die Information über diese Arbeit sowie der Vorschlag, an die Opfer des Nationalsozialismus in Breslau zu erinnern, wurde uns von unseren Partnern in Sachsen übermittelt. Dieser Vorschlag wurde in Breslau angenommen, wodurch das Projekt „Gestrichene“ realisiert werden konnte.

Wir können die in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aberkannten wissenschaftlichen Titel nicht wiederherstellen, da die Universität Wrocław nicht die Rechtsnachfolgerin der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau ist,



Cezary Przybylski
Marschall der Wojewodschaft
Niederschlesien

und die heutigen Bewohner von Niederschlesien nicht die Nachkommen der Bewohner vor dem Zweiten Weltkrieg sind. Aber wir können gemeinsam an das Unrecht erinnern, das sie aus den Händen der deutschen Nationalsozialisten erlitten hat.

Ich bin überzeugt, dass die Feierstunde zu den „Gestrichenen“ zu einem gemeinsamen Nachdenken über die Vergangenheit beiträgt, damit in Zukunft niemand mehr das Recht hat, einen anderen Menschen im Hinblick auf seine rassische Herkunft bzw. seine Konfession zu bewerten. Ich bin außerdem überzeugt, dass die Erinnerung an die Vergangenheit uns hilft, die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern, Regionen und Städten, aber vor allem zwischen den einzelnen Menschen in der Zukunft zu stärken.

Cezary Przybylski
Marschall der Wojewodschaft Niederschlesien

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2016 wird Breslau Europäische Kulturhauptstadt sein. Für uns ist es nicht nur eine große Ehre, sondern auch eine große Verpflichtung, dass wir diesen Titel gemeinsam mit San Sebastián in Spanien erlangt haben. Wenn wir Europa unsere stolze Geschichte erzählen, wollen wir das jahrhundertealte wissenschaftliche und kulturelle Erbe von Breslau zeigen, wir wollen auf seine multikonfessionelle Vergangenheit verweisen, darauf, dass andauernder Dialog, Toleranz und Respekt für unterschiedliche Ideen und Überzeugungen notwendig sind.

Wenn wir den akademischen Charakter unserer Stadt unterstreichen, dürfen wir auch nicht vergessen, dass im 20. Jahrhundert die totalitären Systeme, insbesondere der Nationalsozialismus und der Kommunismus, die Begriffe der Toleranz und der Offenheit geschändet haben, die die Universitas seit Jahrhunderten begleitet haben. Im Dritten Reich wurden von der deutschen Friedrich-Wilhelms-Universität unliebsame Lehrkräfte entfernt und ihnen die wissenschaftlichen Titel entzogen, unter anderem aus Gründen der Nationalität oder Rassenzugehörigkeit. Von dieser Praxis waren in den Jahren 1933 bis 1954 über 250 Personen betroffen.

Wissenschaft ist nicht national. Obwohl sie in einer Sprache ausgedrückt wird, die oft, nicht immer, die Sprache irgendeines Volkes ist. Am wichtigsten ist die Freiheit. Meinungsfreiheit. Freiheit und Erinnerung.

Darum halte ich auch das Projekt „Gestrichenen“ – eine gemeinsame Initiative der Universität Breslau, der Universität Köln, aber auch des Marschallamts der Wojewodschaft Niederschlesien und der Stadtverwaltung von Breslau für einen außerordentlichen Versuch, Menschen, die einst Unrecht erlitten haben, aus dem Vergessen herauszuholen. Eine deutliche, obgleich symbolische Stimme, negative Erscheinungsformen an der früheren deutschen Hochschule zu verurteilen.

Heute ist es nicht mehr möglich, die aberkannten Titel zurückzugeben, aber, im Namen der Gerechtigkeit und des Respektes für die Menschen der Wissenschaft und für die Menschenrechte, wollen wir die grundlegenden Werte ins Gedächtnis rufen: Wahrheit, Vernunft und Würde. Diese Werte sind das Beste, was aus den Wirren der Geschichte herüber gerettet wurde, die im Laufe der Jahrhunderte durch unsere Stadt gegangen sind.

Heute ist Breslau eine Stadt der Begegnung, in der ein Dialog zwischen den Hochschulen und den Wissenschaftlern stattfindet, wo Meinungen aufeinander treffen, sich Vorschläge überkreuzen, und Ideen auf fruchtbaren Boden fallen. Ich bin überzeugt, dass diese Initiative, die ergriffen wurde, neben der großen politischen Bedeutung, an die ich fest glaube, den deutsch-polnischen Dialog zwischen den Hochschulen vertieft, und dazu beiträgt, gemeinsame Ziele zu erreichen.

Persönlich bin ich der Meinung, dass dies eine weitere Brücke ist, die wir für eine gute Sache bauen.

Rafał Dutkiewicz
Stadtpräsident Breslau



Rafał Dutkiewicz
Stadtpräsident Breslau



Das Hauptgebäude der Schlesischen
Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bre-
slau
Quelle: Privatarhiv.

Ansprache Seiner Magnifizienz, des Rektors der Universität Breslau, Prof. Dr. habil. Marek Bojarski

In den jahrhundertealten Geschichten der europäischen Universitäten kann man wunderschöne und ruhmreiche Kapitel finden, aber auch die weniger ruhmreichen, und sogar schändliche. Verdientermaßen rühmen sie sich mit vielen großartigen Errungenschaften, betonen ihren Beitrag zur europäischen und weltweiten Wissenschaft. Generation um Generation von Wissenschaftlern und Studenten sucht unter dem Motto Universitas Antworten auf Fragen, die die Menschheit beschäftigen. Hochschulen haben immer ein spezifisches Milieu geprägt, das nicht nur nach eigener Meinung für die Rolle von Wegbereitern und Entdeckern prädestiniert waren, die neue Wege für die Entwicklung absteckten. Diese Republiken von Gelehrten, funktionierten jedoch, obwohl sie separat und autonom waren, nicht irgendwie von den zeitgenössischen Ereignissen und Fragen ihrer Welt isoliert. Sie waren mit ihnen auf vielfältige Weise verbunden. Nicht immer auch waren sie in der Lage, sich vom schlechten Einfluss zu distanzieren, der von außerhalb der Universitätsmauern eindrang. In der Vergangenheit waren die Hochschulen nämlich nicht nur freie Universitäten, sondern unterlagen auch einer Instrumentalisierung durch verschiedene politische Systeme.

Im 20. Jahrhundert haben die in Europa geschaffenen totalitären Systeme, der Nationalsozialismus und der Kommunismus, der Freiheit der Universitäten, der dort betriebenen Forschung und Lehre, den Kampf angesagt. Diese sollten der dominierenden Ideologie untergeordnet werden, und Platz war an ihnen, ob nun in der Rolle des Wissenschaftlers und Dozenten oder als Student, nur für Personen vorgesehen, die nicht nur im Hinblick auf ihre politischen Ansichten, aber auch auf ihre Rassen- bzw. Klassenherkunft geprüft waren. Den universitären Gemeinschaften wurde eine Säuberungsaktion auferlegt, für die sich leider auch einige ihrer Mitglieder engagierten. Erscheinungsformen dieser Maßnahmen waren Entlassungen, Degradierungen und Beschränkungen der Didaktik eines Teils des Lehrpersonals, eine Steuerung der Rekrutierung der Studenten nach staatlichen Vorgaben (verschiedene Formen des Numerus Clausus), schließlich - und das ist ein deutscher Fall - die Prozedur der Aberkennung von wissenschaftlichen Titel aus Gründen der Nationalität, Rasse oder politischen Ansichten des Inhabers dieser Auszeichnung.

Es wurde auch in der symbolischen Sphäre gekämpft. In der Breslauer Aula Leopoldina tauchte eine Büste des Führers des Dritten Reichs auf. Die nach dem Krieg gegründete polnische Universität erhielt für lange Jahre einen Patron in Form des von den Sowjets ernannten kommunistischen Führer Polens. Beide hatte weder Verbindungen zum wissenschaftlichen und universitären Leben noch Verdienste um dasselbe. Sie waren jedoch die Verkörperung, selbstverständlich jeder in einem anderen Maßstab, des politischen Zeitgeistes ihrer Ära, der die freie und kritische



Marek Bojarski
SM Rector of the University of Wrocław
Fot. Jerzy Katarzyński.

Reflexion der Welt verachtete. Die Idee der Toleranz und Offenheit, die die Universitas seit Jahrhunderten begleitete, wurde auf diese Weise in Frage gestellt und dann verworfen. Das tragischste Ausmaß hatten die Ereignisse der Jahre 1933 bis 1945, die sich an der deutschen Universität in Breslau, an der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau abspielten.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich unsere Hochschule intensiv mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt. Im Jahr 2003 haben wir das 300jährige Bestehen der Akademia Leopoldina feierlich begangen, aber auch erst vor kurzem den 200. Jahrestag der Einrichtung einer staatlichen Universität in der schlesischen Hauptstadt. Beim ersten Fall ging es um eine österreichische Hochschule, im zweiten Fall um eine preußische (deutsche). Unsere Hochschule wurde nach 1945 gewissermaßen zum Depot der Geschichte dieser Hochschulen, obwohl natürlich das Bewusstsein dafür und die Akzeptanz erst mit der Zeit gekommen sind. Im Jahr 1945 hörte die deutsche, die Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, auf, zu existieren. Ihre Arbeit nahm, im Schutt und im Chaos, die polnische Universität auf. In der Bundesrepublik Deutschland übernahm die Universität Köln die Patenschaft für die ehemals deutsche Breslauer Hochschule. Wir werden in diesem Jahr feierlich das 70jährige Bestehen der polnischen Hochschule in Wrocław begehen. Außerdem knüpfen wir in unser Hochschultradition an die Jan-Kazimierz-Universität in Lemberg an, was völlig berechtigt ist, wenn man die Anfänge unserer Wissenschaftler vor dem Krieg berücksichtigt. Dies gibt uns das Gefühl der Zugehörigkeit zu vielen Generationen von Wissenschaftlern und Studierenden. Andererseits sollte es uns auch für verschiedene Schattierungen und Ausdrucksformen dieser geschichtlichen Strömungen sensibilisieren.

Unsere Hochschule hat somit eine reiche Vergangenheit, zu ihrer Entwicklung haben Personen verschiedener Nationalitäten und Konfessionen beigetragen. In ihr finden sich Zeiten intensiver Entwicklung und Erfolge. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass aus unserer Universität bzw. aus ganz Schlesien neun Nobelpreisträger hervorgegangen sind. An diese Tatsache erinnert eine Gedenktafel im Hauptgebäude unserer Universität. Auch an anderen Gelehrten mit außerordentlichen Errungenschaften fehlte es hier nicht. Es gibt jedoch auch dunkle Seiten in der Geschichte der Universität Breslau. Eine davon rief die Initiative hervor, der jetzt gerade ihren Höhepunkt erreicht. Das war die Aberkennung wissenschaftlicher Titel in der Zeit des Dritten Reichs, aus Gründen der Nationalität bzw. der Rasse, was die Menschen, die vom nationalsozialistischen System abgelehnt wurden, zusätzlich brandmarkte und unterdrückte.

Ich möchte in Erinnerung bringen, dass das Problem der Aberkennung von Graden und Titeln in den vergangenen 15 Jahren Gegenstand zahlreicher Diskussionen in Deutschland gewesen ist. An allen Hochschulen, an denen dieses Prozedere stattgefunden hat, wurde in Beschlüssen der entsprechenden Gremien dieser Schritt nicht nur verurteilt, aber auch die aberkannten Titel wiederverliehen. Dies war kein selbstverständlicher Prozess, was aus heutiger Sicht etwas verwundern kann. Es mussten einige Jahrzehnte vergehen, bis in unserem Nachbarland



Schweidnitzer Straße, 1937 r.

Quelle: BUW, Fot. Inw. 2635.

der Gedanke und die Entschlossenheit aufkam, sich dieser „schändlichen Frage“ anzunehmen und sie in Respekt vor der Würde der Menschen zu lösen, die Opfer des nationalsozialistischen Unrechts geworden waren.

Die deutsche Universität Breslau gehörte zu den führenden Hochschulen, die diese, wie auch andere mit der sog. Arierisierung verbundenen unrühmlichen Maßnahmen durchgeführt haben. Dafür gab es mehrere Gründe. Im Deutschen Reich befand sie sich in einer Randlage, sie durchlitt in der Endphase der Weimarer Republik, ähnlich wie ganz Schlesien zu dieser Zeit, tiefgreifende Schwierigkeiten. Ihre Gemeinschaft war durch politische Kämpfe zerrissen, und verschiedene frühere Abneigungen und Konflikte wurden durch den fanatischen Eifer der Anhänger des Nationalsozialismus im universitären Umfeld aufgeheizt. Es brachte zerstörerische Folgen für den täglichen universitären Betrieb mit sich, dass insbesondere die Studenten ideologisch angesteckt wurden. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und die von ihnen erlassenen Gesetze, die die „nationalsozialistische Revolution“ billigten, wurden ausgenutzt, um einen kompletten Umbau der Breslauer Hochschule im Geiste der neuen Ideologie zu beginnen. Relativ schnell wurde mit den Überresten der Autonomie abgeschlossen, und der aufoktrozierte Rektor sollte eine örtliche Verkörperung der Idee des Führertums sein. Es wurde amtlicherseits begonnen, die akademische Gemeinschaft in „Arier“, „Nicht-Arier“ bzw. „Halb-Arier“ zu unterscheiden, es wurden tiefgreifende Veränderungen in organisatorischen Fragen und in den Lehrplänen vorgenommen.

Ein nächster Schritt war, die wissenschaftliche Karriere von Personen, die vom System abgelehnt wurden, deutlich zu beschränken bzw. unmöglich zu machen. Die am deutlichsten sichtbare Ausdrucksform dieser Maßnahmen war, Wissenschaftler, die aus rassistischen Gründen nicht akzeptiert wurden, zu entfernen. Ihr wissenschaftliches Gesamtwerk, das nicht selten herausragend war, ihre gesellschaftliche und staatsbürgerliche Haltung der vorhergehenden Jahre hatten jetzt keine Bedeutung mehr. Von zahlreichen Eigenschaften, die einen Menschen beschreiben, blieb nur eine übrig - die rassische Herkunft, und in wenigen Fällen die nationale Herkunft. Es kam sogar vor, dass, wenn man dem Wissenschaftler persönlich nichts vorwerfen konnte, sich die Ehe mit einer Person jüdischer Herkunft als unverzeihlich erwies. Die Breslauer Alma Mater mussten im ersten Jahr nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 60 bekannte und geschätzte Wissenschaftler verlassen (der Prozess des Hochschulverweises dauerte bis 1935 an, als die schändlichen Nürnberger Rassengesetze erlassen wurden). Die meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter wurden von der Philologischen Fakultät verwiesen, dann von der Medizinischen Fakultät. Im letzteren Fall hatte die Entlassung unbequemer Wissenschaftler zur Folge, dass einige Fachrichtungen aufgelöst werden mussten und der Rang der hier geführten Studien und Forschungen sank. Anstelle der entfernten Wissenschaftler erschienen neue, Nutznießer schneller Beförderungen und Ernennungen.

Nicht wenig zu sagen hatte auch die nationalsozialistische Studentenorganisation, die schon lange wagte, Vorlesungen zu stören und persönlich gegen einige

Professoren vorzugehen. Jetzt erlangte sie mit Unterstützung der Universitätsleitung die Möglichkeit, das gesamte studentische Umfeld zu beherrschen. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die drastische Reduzierung der Studienplätze für Personen nicht-arischer Herkunft (ein Stammbaum musste nicht nur bei der Bewerbung um einen Studienplatz, sondern auch um einen Arbeitsplatz vorgelegt werden), bzw. die Einschränkung der Möglichkeit, einen Dokortitel zu erlangen. Selbst wenn ein Jude zur Verteidigung seiner Dissertation zugelassen wurde, dann gab ihm selbst deren hervorragenden Verlauf keine Chance, eine wissenschaftliche oder irgendeine berufliche Karriere zu beginnen. Eine Verteidigung war nur in Medizin und Zahnmedizin möglich und dies nur unter der Bedingung, sich zu verpflichten, keine Stelle im Deutschen Reich zu suchen.

Deutschlandweite Verfolgungen und Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung, die ständige Einschränkung ihrer Rechte, der Verlust des gesellschaftlichen Wertschätzung und der Möglichkeit eine würdigen Arbeit bewogen viele, sich für die Emigration zu entscheiden. Im Deutschen Reich wurde diesen Menschen die Chance auf ein normales Leben genommen, aber als sie Deutschland für immer verließen, wurden sie als Verräter beschrien und symbolisch mit der amtlichen Aberkennung der Staatsbürgerschaft bestraft. Im Juli 1933 trat das entsprechende Gesetz in Kraft. Den Emigranten wurde der Verstoß gegen die „Treuepflicht gegen Reich und Volk“ vorgeworfen. Hinzuzufügen ist, dass viele der Auswanderer auch Deutsche waren, die die politischen Veränderungen in ihrem Land ablehnten, die oftmals aufgrund ihrer linken bzw. liberalen Ansichten in Gefahr waren. Die deutschen Behörden gingen jedoch einen Schritt weiter. Ein Jahr später, im August 1934, wurde eine Verordnung zu diesem Gesetz erlassen, die einführt, den Emigranten den an deutschen Hochschulen erworbenen Doktorgrad zu entziehen. Somit wurden sie doppelt bestraft: indem ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen wurde und die in Deutschland sehr respektierten Zeichen dafür abgenommen wurden, dass sie die höchste gesellschaftliche und berufliche Position erreicht hatten.

Den Doktorgrad zu besitzen, war ein Zeichen der Zugehörigkeit zur Oberschicht, gewissermaßen das Äquivalent der Erhebung in den Adelsstand für die Bürgerschicht. Das war auch für die sich im 19. Jahrhundert emanzipierenden Juden sehr wichtig. Es garantierte nicht nur die Möglichkeit, seine Karriere fortzusetzen, sondern verlieh auch gesellschaftliches Ansehen. Im Jahr 1939 wurde das Gesetz erlassen, das das Recht entzog, die Dokortitel in Deutschland selbst zu verwenden. Sie konnten Personen, die „nicht würdig waren, sie zu tragen“, aberkannt werden. Welchen Wert die nationalsozialistischen Behörden auf dieses Attribut legten, davon kann die Tatsache zeugen, dass noch im Jahr 1942 darüber nachgedacht wurde, ob man den deutschen Juden, über deren Vernichtung praktisch bereits entschieden worden war, ihre Doktorgrade zu belassen oder nicht.

Die Hochschulen mussten entsprechend den oben genannten Gesetzen ihre internen Ordnungen ändern und unverzüglich nach Erhalt der Information aus dem Ministerium die Prozeduren für die Aberkennung dieses wissenschaftlichen Grades umsetzen. Selbstverständlich können wir darüber nachdenken, ob das für die Emigranten irgendeine Bedeutung hatte. Ein Teil der Wissenschaftler, die aus Deutschland

ausgereist waren, fand ohne Probleme Arbeit an westlichen Hochschulen. Die Frage, ob ihre wissenschaftlichen Titel und Grade in Deutschland anerkannt wurden, hatte für ihre Arbeitgeber sicher keine größere Bedeutung. Zweifellos waren dies niederträchtige und verletzende Maßnahmen, die diese Personen zusätzlich stigmatisierten (die Listen der Namen wurden veröffentlicht), schließlich Deutschland selbst kompromittierten. Eine erschreckende Tatsache ist jedoch auch, dass auf den Deportationslisten aus Breslau in die Vernichtungslager Namen zu finden sind, denen ein Doktorgrad vorangestellt wird. So haben die Behörden zugestanden, dass diese Person noch würdig ist, den Titel eines Doktors der Wissenschaften zu tragen, obwohl sie bereits entschieden hatten, dass sie nicht würdig ist, weiter zu leben...

Es wird geschätzt, dass in den Jahren 1933 bis 1945 an der Universität Breslau über 250 Doktorgrade entzogen worden sind. Der Entzug des Dokortitels, in einem Verfahren in Abwesenheit und praktisch ohne Möglichkeit, Widerspruch einzulegen, betraf meist Personen jüdischer Herkunft. Unter ihnen war auch eine kleine Gruppe Frauen. Diese Personen wurden in der Mehrheit in Schlesien und in Großpolen geboren, was mit dem Einzugsgebiet der Breslauer Universität verbunden war. Zum Zeitpunkt, als jene Urteile erlassen wurden, hielten sich diese Personen im Grunde auf allen Teilen des Globus auf. Aus Teilforschungen wissen wir, dass sie in die USA, nach England, Frankreich, Palästina, in die Schweiz und sogar bis nach China und nach Chile emigriert sind. Diese Daten verdanken wir auch polnischen Forschungen. An dieser Stelle sind die Pionierarbeiten unseres Kollegen, Alfred Konieczny, zu erwähnen, die er Ende der 1960er Jahre gemacht hat, die in den 1990er Jahren fortgesetzt wurden. Zu betonen sind hier auch die Bemühungen deutscher Wissenschaftler, u.a. des jungen Historikers Kai Kranich. Seine Forschungsarbeiten und Bemühungen haben bewirkt, dass jenen Ereignissen sorgfältigere Aufmerksamkeit gewidmet wird und dass darüber nachgedacht wird, wie man eine Wiedergutmachung für die Geschädigten leisten kann.

Unsere Universität hat ebenfalls beschlossen, sich dieses Problems anzunehmen, da sie es für moralisch und historisch wichtig hält, obwohl sie doch nicht mit Taten verbunden ist, die im Namen unserer Hochschule oder unseres Volkes begangen wurden. Zwar ist es heute nicht möglich, die aberkannten wissenschaftlichen Grade wieder zu verleihen, aber in Zusammenarbeit mit der Universität Köln, der Patenuniversität der ehemaligen Breslauer Universität und gegenwärtig unsere Partneruniversität, haben wir beschlossen, eine gemeinsame Erklärung abzugeben, die auf diese komplizierten Zeiten Bezug nimmt und gleichzeitig die Tatsache, dass wissenschaftliche Grade und Titel entzogen worden sind, verurteilt. Unsere Maßnahme hat lediglich symbolischen Charakter, stärkt jedoch den intensiven deutsch-polnischen Dialog zwischen unseren Hochschulen, sie hat auch, wie es uns scheint, große politische und ethische Bedeutung. Umgangssprachlich spricht man von Licht- und Schattenseiten der Geschichte und der Mensch legt eine natürliche Neigung an den Tag, vor allem positive Momente zu suchen und zu bedenken. Es sollte jedoch daran erinnert werden, dass jene Schattenseiten nicht nur die Lichtseiten hervortreten lassen, sondern auch aktuelle Mahnungen und Warnungen in sich bergen. Die akademische Gemeinschaft muss sich dessen immer bewusst sein.



Hauptbahnhof

Quelle: BUW, Fot. Inw. 2667.

Ansprache Seiner Magnifizenz, des Rektors der Universität zu Köln, Univ.-Prof. Dr. rer. nat. Axel Freimuth

Mit der sogenannten Machtergreifung des nationalsozialistischen Regimes am 30.1.1933 begann auch an der Universität Köln eine Phase der Verfolgung von Menschen jüdischer Abstammung, anders denkender Menschen und Demokratinnen und Demokraten, die sich der nationalsozialistischen Ideologie nicht beugen wollten. Schon vor den Märztagen des Jahres 1933 hatte sich die spätere Entwicklung angekündigt, indem nämlich Nazis an der Universität in brauner Uniform auftraten, Veranstaltungen störten oder ihnen nicht genehme Professoren öffentlich angriffen und terrorisierten. Die Universität Köln war erst 1919 neu gegründet worden, nachdem die alte Universität von 1388 von der französischen Regierung 1798 wie alle Universitäten in Frankreich geschlossen worden war. Sehr bald nach ihrer Neugründung durch die Stadt Köln stieg sie auf zur zweitgrößten Universität in Deutschland. Nur die Berliner Universität konnte mehr Studierende aufweisen. Die Universität war bei ihrer Gründung auf die Prinzipien der sozialen Bindung, der Praxisorientierung und der Pluralität verpflichtet worden. Bei den Vorgängen um die sogenannte Machtergreifung und die darauf folgende Gleichschaltung der Universität war von Respekt für diese Prinzipien allerdings nichts zu spüren.

Am 17. Mai 1933 fand unter großer Anteilnahme des Lehrkörpers vor dem Haupteingang der Universität in der Claudiusstraße eine Kundgebung der Nazis statt, bei der die Mitglieder des Nationalsozialistischen Studentenbundes auf die SA vereidigt wurden. Anschließend fand, wie zuvor auch anderswo in Deutschland, die Verbrennung von Büchern im Rahmen einer „Aktion wider den undeutschen Geist“ statt. Im Flugblatt der Deutschen Studentenschaft, das bei der Bücherverbrennung verlesen und verteilt wurde, hieß es unter Punkt 4: „Unser gefährlichster Widersache ist der Jude, [sic!] und der, der ihm hörig ist“. Unter Punkt 11 rief die Deutsche Studentenschaft zur Entfernung jüdischer Studierender und Lehrender von der Universität auf: „Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste.“

Bücher, die den neuen Machthabern nicht genehm waren, darunter die Werke von Autoren jüdischer Abstammung und avantgardistischem oder politischen Autoren wie Bertold Brecht, Max Brod, Ferdinand Bruckner, Sigmund Freud, George Grosz, Heinrich Heine, Franz Kafka, Georg Kaiser, Getrud Kolmar, Siegfried Krauer, Rosa Luxemburg, Karl Marx, Leonard Frank, Arthur Schnitzler, Nelly Sachs, Grete Weiskopf, Carl Sternheim, Bertha von Suttner, und Carl Zuckmayer wurden den Flammen übergeben. Der Satz Heinrich Heines aus seiner Tragödie Almansor von 1821 „Dies war ein Vorspiel nur, dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“ sollte sich als prophetisch erweisen. Federführend bei diesem Spektakel war der nationalsozialistische Studentenbund, auch wenn das Rektorat der Universität der Aktion seine Unterstützung nicht versagt hatte.



Axel Freimuth
SM Rektor der Universität zu Köln
Fot. Aleksander Percovic.

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurden die Grundlagen für die Entlassung und Verfolgung politisch oder „rassisch“ missliebiger Universitätslehrer gegeben. Sie verloren ihre Bezüge, sogenannten „Nichtariern“ wurde die Habilitation untersagt, 1936 wurden allen jüdischen ProfessorInnen und DozentInnen Titel und Lehrbefugnis entzogen. Ab 1938 durfte dieser Personenkreis Bibliotheken und Archive nicht mehr benutzen. Zahlreiche Studentinnen und Studenten wurden relegiert, zahlreiche Professorinnen und Professoren verloren ihren Beruf, emigrierten oder wurden von den Nazis in Konzentrationslager verschleppt und ermordet.

Auf Druck der Nazis musste bereits im April 1933 der Rektor der Kölner Universität, der Jurist Godehard Josef Ebers, zurücktreten, weil er während seines Rektorats versucht hatte, mehrere nationalsozialistische Aktionen an der Universität Köln zu verhindern. Er galt fortan als politisch unzuverlässig und wurde schließlich 1935 mit 55 Jahren wegen „Fortfalls des Lehrstuhls“ emeritiert. Im Zuge mehrerer Säuberungen wurden zahlreiche Kölner Professoren aus rassistischen oder politischen Gründen entlassen. An deutschen Universitäten wurden zwischen 1933 und 1945 16,3 % der Professorenschaft aus politischen oder rassistischen Gründen entlassen. Den höchsten Prozentsatz von politisch motivierten Entlassungen erreichte die 1914 von der Frankfurter Bürgerschaft neu gegründete Universität, die überdurchschnittlich viele jüdische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigte, mit über 36 Prozent. Köln lag mit 20 Prozent auf Platz 6 und nahe am deutschen Durchschnitt, d.h. 51 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden hier entlassen und vertrieben. Die überwiegende Mehrzahl dieser Menschen, d.h. 80 Prozent, verlor ihre Position, weil sie als Juden oder „Nichtarier“ verfolgt wurden oder weil sie mit Jüdinnen oder Juden verheiratet waren.

Nicht vollständig in diese Zahlen eingeschlossen ist das ärztliche Personal der Universitätskliniken, in denen es zur Entlassung von 16 Ärztinnen und Ärzten kam, darunter der Psychiater Gustav Aschaffenburg und die Hautärztin Erna Loewy.

Zwei Kölner Professoren wurden Opfer nationalsozialistischer Vernichtungspolitik, darunter der Latinist Goswin Frenken, der selbst zunächst Nazi gewesen war und nach seiner Kritik am Regime 1944 im KZ Flossenbürg umkam, sowie der Sozialpolitiker und Sozialwissenschaftler Benedikt Schmittmann. Schmittmann, der sich gemäß des Profils der Universität sehr um die Sozialpolitik verdient gemacht hatte, wurde bereits 1933 in „Schutzhaft“ genommen und mit Lehrverbot belegt. Bei Kriegsbeginn wurde er verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt, wo er noch im gleichen Jahr umgebracht wurde.

Der jüdische Lehrbeauftragte und Assistent am Forschungsinstitut für internationales Pressewesen Fritz Lehmann emigrierte nach New York und setzte dort 1940 seinem Leben ein Ende. Auf Köln bezogen verloren 36 von 51 entlassenen Personen ihre Stellung, weil sie Juden waren. In Köln war zudem die Zahl derjenigen,

die als Katholiken wegen „klerikaler Einstellung“ vom Regime verfolgt und entlassen wurden, besonders hoch.

Edda Tille-Hankamer, Privatdozentin für Deutsche Philologie, kam 1933 durch Niederlegung ihrer Venia Legendi dem Entzug der Lehrbefugnis als „Nichtarierin“ zuvor. Sie konnte erst 1945 eine Stelle an der University of Tennessee in Knoxville antreten, hatte sich also 12 Jahre als Lehrerin an verschiedenen Grund- und Hauptschulen in den USA durchgeschlagen.

Helmut Seckel, Privatdozent für Kinderheilkunde wurde 1935 wegen seiner jüdischen Ehefrau aus der Uni-Klinik entlassen, kam dem Entzug der Lehrbefugnis 1936 durch Emigration in die USA zuvor.

Der international renommierte Romanist Leo Spitzer, der aus einer österreichisch-jüdischen Familie stammte, wurde wegen des sog. Arierparagraphen entlassen und emigriert 1933 nach Istanbul. Der 1887 in Wien geborene Romanist Leo Spitzer war 1930 nach Köln berufen worden, wo er das Portugiesisch-Brasilianische Institut gründete. 1936 ging er an die Johns Hopkins Universität nach Baltimore.

Paul Honigsheim, ein Gründungsvater der deutschen Soziologie, Schüler Max Webers und einflussreicher Musiksoziologe, emigrierte 1933 nach Frankreich, da er als regimfeindlich galt.

Der Wirtschaftswissenschaftler Eugen Schmalenbach, der als Begründer der wissenschaftlichen Betriebswirtschaftslehre gilt, war mit der Jüdin Marianne Sachs verheiratet. Er stellte 1933 einen Antrag auf Emeritierung und kam so seiner Zwangsemeritierung zuvor. In der Endphase des Zweiten Weltkriegs lebte er mit seiner Familie in Deutschland im Untergrund und überlebte, weil er von der Familie seines ehemaligen Assistenten versteckt wurde. Er kehrte als einer der wenigen Verfolgten des Naziregimes an die Universität Köln zurück und lehrte dort bis 1951.

Der jüdisch-österreichische Jurist Hans Kelsen, auf Anregung Konrad Adenauers 1930 nach Köln als Professor für Völkerrecht berufen, wurde bereits am 7.4.1933 entlassen. Der konservative, den Nazis durchaus zugeneigte Staatsrechtler Carl Schmitt, der 1933 kurzzeitig in Köln lehrte, war der einzige Fakultätskollege, der sich einer Petition zugunsten Kelsens bei der Regierung nicht anschloss. Kelsen emigrierte 1933 nach Genf, dann nach Prag, um 1942 eine Professur an der University of California in Berkeley anzutreten.

Was ich hier für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unserer Universität ausführe, gilt mutatis mutandis auch für die Studierenden. Im Oktober 1933 wurde die universitäre Selbstverwaltung beseitigt. Studentische Organisationen mussten das Führerprinzip einführen. Im Herbst 1934 übernahm der Gauleiter Josef Grohé selbst die Gleichschaltung der Universität. Jüdische Studierende wurden relegiert. Akademische Grade wurden aberkannt.

Bereits während der Weimarer Republik war die Deutsche Studentenschaft als Vertretungsorgan aller Studierenden in Deutschland nationalpolitisch geprägt und die Studierendenvereinigungen an deutschen Universitäten wurden zunehmend von nationalistischen, antisemitischen und demokratiefeindlichen Kräften dominiert. Man kann sagen, dass schon in den Jahren vor 1933 ein deutlich reaktionärer, chauvinistischer und nationalistischer Geist an deutschen Universitäten vorherrschte, vor allem unter den Studierenden. Seit dem Sommer 1931 wurde die Deutsche Studentenschaft vom Vorsitzenden des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes Gerhard Krüger geführt. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund konnte den Asta-Wahlen des Jahres 1931 44,4 Prozent der Stimmen erringen und dominierte seit dieser Zeit die Deutsche Studentenschaft. Auf dem Königsberger Studententag 1932 erschienen die Delegierten bereits in den Uniformen der verschiedenen NSDAP-Gliederungen; d.h. die faktische Selbstgleichschaltung der Deutschen Studentenschaft war bereits vollzogen.

Man kann, ja muss sich fragen, warum es gegen diese unheilvolle Politik auch von studentischer Seite so wenig Widerstand gab. Einen Teil der Antwort habe ich eben schon gegeben: Die Mehrheit der deutschen Studentenschaft war schon in der Endphase der Weimarer Republik im Lager der Antidemokraten, Rassisten und Antisemiten gelandet. Hinzu kommt der ungewöhnlich hohe Anteil von Korpsstudenten unter der Kölner Studentenschaft, die überdurchschnittlich alt war. Ein großer Teil der Studenten war Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg gewesen und nahm nun verspätet das Studium auf. Köln war zudem eine Pendleruniversität, d.h. die für einen politischen Widerstand notwendige soziale Kohäsion unter den Studierenden war nicht besonders ausgeprägt.

Nicht nur Professorinnen und Professoren wurden Opfer von Vertreibung, Verfolgung und Ermordung. Auch der wissenschaftliche Nachwuchs und die Studentenschaft wurden nach den Prinzipien des Antisemitismus und des Führerstaats beurteilt und durchsiebt.

Der 1909 in Köln geborene jüdische Soziologe und Publizist Alphons Silbermann studierte Musikwissenschaft, Jura und Soziologie in Köln, Freiburg und Grenoble. 1933 wurde er in Köln im Fach Jura promoviert, eine Habilitation wurde ins Auge gefasst. Doktorvater war der renommierte Völkerrechtler und schon erwähnte Hans Kelsen. Von einem Kölner Kommilitonen denunziert, flüchtete er in die Niederlande und anschließend nach Australien. Alphons Silbermann gehörte zu den wenigen nach 1933 geflohenen Wissenschaftlern, die nach Köln zurückgeholt wurden. Ab 1970 bekleidete er einen Lehrstuhl für Kultursoziologie – angeregt wurde dieser Ruf von dem ebenfalls unter den Nazis emigrierten Soziologen René König.

Ein besonderes Kapitel der Verfolgung durch den NS-Staat stellte die Aberkennung akademischer Grade, vor allem der Promotion dar. Zwischen 1937 und 1943 wurden 1685 Personen in Deutschland der Doktorgrad aberkannt. In 1151 Fällen, also der überwiegenden Mehrheit, wurde dies mit der Aberkennung der

deutschen Staatsbürgerschaft d.h. mit jüdischer Abstammung begründet. Dies sind nur die bekannten Fälle. Auf Grund der Dunkelziffer kann man durchaus von 2000 Aberkennungen ausgehen. In Köln wurden in 34 Fällen Doktorgrade wegen Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft entzogen, insgesamt wurde in 65 Fällen eine Depromotion vorgenommen. Neben dem Verlust der Staatsbürgerschaft gab es eine Vielzahl von Aberkennungsgründen, die von sogenannten Wirtschaftsvergehen über Verstoß gegen die Paragraphen 175 a und b sowie 176 bis hin zur Abtreibung reichten. Die Universität zu Köln hat der Tatsache Rechnung getragen, dass derartige Aberkennungen ein Unrecht darstellen und hat die aberkannten Doktorgrade in einem feierlichen Akt 2005 summarisch restituiert, darunter die Doktorgrade von Dr. jur. Ossip Flechtheim und Dr. jur. Hans Mayer. Ich habe in meiner damaligen Erklärung als Rektor folgendes gesagt:

„Die Universität zu Köln stellt fest, dass durch Organe der Universität in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945 im Namen der Universität aus politischen und rassistischen Gründen oder Motiven an Mitgliedern und Angehörigen der Universität Unrecht begangen worden ist. Die Universitätsorgane haben in diesen Jahren Doktorgrade entzogen, Relegationen von Studierenden vorgenommen und Verfolgungen eingeleitet, die zu Entlassungen, Vertreibungen oder Gefährdungen von Leib und Leben geführt haben. [...] Diese Akte der politischen Verfolgung haben die Menschenrechte verletzt. Sie waren willkürlich, menschenverachtend und einer Universität unwürdig. Sie widersprechen zutiefst den humanistischen Idealen, denen sich die Universität zu Köln heute verpflichtet fühlt. Die Universität hat sich an die Opfern dieser Willkürmaßnahmen schuldig gemacht und bekennt sich voller Scham zu ihrer Verantwortung.“

Die mögliche formale Legalität einzelner Verfahren zum Entzug der Doktorwürde spielt angesichts des allgemeinen Unrechtscharakters des Naziregimes bei unserer Restitution deshalb keine Rolle. Dies ist nicht an allen deutschen Universitäten so gesehen worden. Die Universitäten Tübingen, Gießen und Bonn haben eine Einzelfallprüfung vorgenommen und durch Beschlüsse auf Fakultäts- oder Universitätsebene die Aberkennungen nur dann zurückgenommen, wenn sie aus klar erkennbaren politischen oder rassistischen Gründen erfolgt waren.

Die summarische Rückgabe der Titel in Köln hat jedenfalls zu einer größeren Sensibilisierung der universitären Öffentlichkeit für die Geschichte der Universität zwischen 1933 und 1945 geführt. Allerdings ist dieses Kapitel der Universitätsgeschichte mit einem einmaligen Akt abgeschlossen. Wir wissen, dass an unserer Universität während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter beschäftigt gewesen sind. Wir wissen auch, dass an der Frauenklinik der Universität 1200 Frauen, darunter 300 Zwangsarbeiterinnen, im Rahmen des Gesetzes zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933 zwangssterilisiert worden sind. Beide Kapitel harren einer grundlegenden Aufarbeitung durch die Fachleute.



Jahrhunderthalle, 1938

Quelle: BUW, Fot. Inw. 3654.

Die Universität Breslau „Leopoldina“, die von 1702 bis 1945 existierte, hat eine der Uni Köln durchaus vergleichbare Geschichte gehabt. Auch bei ihr gingen Gründungsbestrebungen auf das Hochmittelalter zurück, auch wenn ihre tatsächliche Gründung erst 1702 durch Kaiser Leopold I verfügt wurde. Auch sie ging durch Phasen des Wachstums und der Stagnation. 1933 führte sie einen ähnlich rasanten Weg in die Gleichschaltung durch. Die Entlassung und Verfolgung jüdischer Professoren und politisch unliebsamer Personen verlief parallel zu den Kölner Entwicklungen. 1945 wurde die alte deutsche Universität geschlossen, um ein Jahr später als Uniwersytet Wrocławski neu zu entstehen. Es gibt so gesehen nicht die Kontinuität nach 1945, die die Kölner Universität auszeichnet – mit allen negativen Aspekten, die eine solche Kontinuität mit sich bringt. Schließlich konnte ein großer Teil der politisch mit dem Naziregime verbundenen Hochschullehrer ihre Arbeit in Köln fortsetzen, während in Breslau ein klarer Schnitt gemacht werden konnte. Dennoch bekennt sich die Universität Breslau auch zu jenem Teil des Erbes, das sie als Institution nicht zu verantworten hat. Schließlich feierte die Uniwersytet Wrocławski im Jahr 2002 ihr 300-jähriges Bestehen, womit ausdrücklich an die Tradition der „Leopoldina“ angeknüpft wurde. Köln und Breslau haben seit 1951 eine besondere Beziehung, weil durch Beschluss des akademischen Senats

in Köln aus diesem Jahr die Kölner Universität eine Art Patenschaft für die Breslauer Universitätsangehörigen übernommen hat. 2003 kam es auch zu einem Kooperationsabkommen unserer beiden Universitäten.

Wenn heute die Universität Wroclawski die aberkannten Doktorgrade summarisch zurückgibt und das von den Nationalsozialisten und ihren Handlangern begangene Unrecht bedauert, so kann das nur Ausdruck jenes Bekenntnisses zur Geschichte und Tradition der Leopoldina sein, auch da, wo diese Geschichte das dunkelste Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen berührt. Verantwortlich war ja nicht die heutige Universität, die nicht die Rechtsnachfolgerin der Leopoldina ist. Verantwortlich waren deutsche Politiker, Wissenschaftler, Studenten und letztlich die deutsche Bevölkerung, die sich sehenden Auges von der Demokratie abgekehrt und einer faschistischen Diktatur an die Macht verholfen hatte. Umso mehr verneigen wir uns als Angehörige der Universität zu Köln vor den Repräsentanten der Breslauer Universität, bedanken uns für Ihre Gastfreundschaft und wohnen den heutigen Feierlichkeiten im Geiste der guten Beziehungen zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland bei.

Siegfried Fischer

Siegfried Fischer (1891-1966) wurde am 4. Juni 1891 als Sohn einer bürgerlichen Familie in Breslau geboren. Sein Vater war der Kaufmann Henry Hirschel Fischer, seine Mutter Rosalie, geborene Bannas. In der Geburtsurkunde von Siegfried wurde die jüdische Herkunft beider Eltern angegeben¹.

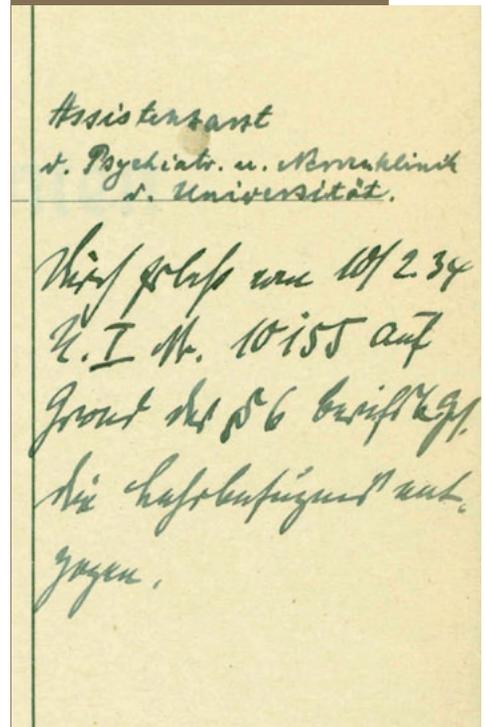
Fischer studierte Medizin in Breslau. Im Jahr 1917 verteidigte er seine Doktorarbeit unter dem Titel „Über Tetaniepsychosen“ zu Tetanie und Angstzuständen bei dieser Krankheit. Seine wissenschaftliche Laufbahn setzte er an der Universität Breslau fort, er praktizierte auch in der Universitätsklinik für Psychiatrie, die 1876 gegründet wurde. Er arbeitete u.a. mit den Psychiatern Karl Bonhoeffer (1868-1948) und Alois Alzheimer (1864-1915) zusammen, die sich um die Wissenschaft verdient gemacht haben. Fischer erweiterte sein Wissen, indem er in Frankfurt am Main und in München praktizierte. Außerdem setzte er sein Studium in Dresden und München fort.

Im Jahr 1915 wurde Fischer für seine militärischen Verdienste mit dem Eisernen Kreuz Zweiter Klasse ausgezeichnet, drei Jahre später mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse. Nach Kriegsende kehrte er zu seiner Arbeit in der Universitätsklinik für Psychiatrie zurück, er war dort Assistent, später Dozent. Im Jahr 1924 habilitierte er sich, im Jahr 1929 erlangte er den Titel eines außerordentlichen Professors. Fischer unterhielt wissenschaftliche Kontakte zu Ärzten für Psychiatrie in Amerika, was ihm wahrscheinlich bei wissenschaftlichen Reisen und der späteren Auswanderung behilflich war.

Aufgrund seiner jüdischen Herkunft verlor Fischer im Februar 1934 seinen Arbeitsplatz und die Lehrbefugnis an der Universität Breslau. Grundlage für die Entlassung war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933. Auf Grundlage dieses Dokuments wurden Personen nicht-arischer Herkunft sowie Personen entlassen, die für den Nationalsozialismus politisch gefährlich waren. Gemäß §6 unterlag Fischer dem vereinfachten Verfahren, das darauf beruhte, den Mitarbeiter ohne Angaben von Gründen in den vorgezogenen Ruhestand zu versetzen. So wurde Fischer im Alter von 43 Jahren Rentner. Was mit seinen Eltern passiert ist, ist nicht bekannt, ihm jedoch gelang 1935 die Ausreise nach Panama.

In den Jahren 1935 bis 1937 baute er in Panama ein Psychiatrisches Krankenhaus auf, das 1933 als Retiro Matias Hernandez gegründet worden war. Außerdem

¹ Staatsarchiv Breslau: Geburtenbuch, Breslau III, 1891, Bd. 04, Geburtsurkunde vom 08.06.1891.



Notiz über die Entlassung von Siegfried Fischer auf Grundlage des Gesetzes von 1933

Quelle: Archiv der Universität Breslau, Personalliste s 220: Professoren und Privatdozenten.

Arthur Guttman¹

Arthur Guttman (1881 – 1948) wurde am 14. April als Sohn des jüdischen Fabrikanten Louis Guttman in Breslau geboren. Seine Kindheit verbrachte er in der schlesischen Hauptstadt. Im Oktober 1901 erlangte er das Reifezeugnis und wurde an der Breslauer Universität immatrikuliert. Er studierte Naturwissenschaften und widmete sich vor allem der Chemie. 1908 verteidigte er seine Dissertation unter dem Titel „Über Wismutoxydulverbindungen“ und erlangte einen Dokortitel der Geisteswissenschaften der Breslauer Universität. Ein knappes Jahr nach der Dissertation begann er seine Arbeit in der Chemisch-Technischen Versuchsstation in Hamburg-Blankenese als Assistent von Dr. Hermann Passow, der seiner Zeit auf dem Gebiet der Herstellung von Bindemitteln aus Hochofenschlacke als eine der größten Autoritäten galt. An seiner Seite begann Arthur Guttman seine Untersuchungen an Zementstoffen. Zwei Jahre später nahm er den Vorschlag an, eine neu gegründete Prüfungsanstalt des Vereins Deutscher Eisenportland-Zementwerke (VDEPZ) in Düsseldorf zu leiten, wo er mit seinem Team Versuche mit Portlandzement durchführte, dessen Parameter an die deutschen Baunormen angepasst werden sollten.

Nach vier Jahren Forschungsarbeit verzeichnete sein Team erste Erfolge. 1916 wurde Portlandzement zum Gebrauch beim Eisenbetonbau zugelassen. In den folgenden Jahren reichte Arthur Guttman mindestens 12 Patente beim Patentamt ein, die sich auf die Produktion und Anwendung der aus Schlacke gewonnenen mineralischen Bindemittel bezogen. Bis 1938 umfasste sein wissenschaftliches Gesamtwerk über 70 Veröffentlichungen, und zwar: wissenschaftliche Artikel, Fachbroschüren und Abhandlungen². Im Februar 1930 beantragte die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule in Aachen beim Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Ernennung von Arthur Guttman zum Honorarprofessor. Im Antrag hieß es, er sei „einer der bedeutendsten Fachleute und Wissenschaftler auf dem Gebiet der Schlackenverwertung, der Zementherstellung und -verwertung.“ Der Antrag wurde angenommen.

Im Jahr 1933 mussten nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums alle Mitarbeiter der Technischen Hochschule Aachen einen Fragebogen ausfüllen, in dem unter anderem nach der Rassenzugehörigkeit der Großeltern der befragten Personen



Arthur Guttman

Quelle: *Fünfzig Jahre Deutscher Ausschuss für Stahlbeton 1907–1957*, Berlin 1957.

¹ Das Biogramm wurde auf Grundlage des Artikels von Andreas Ehrenberg erarbeitet: Arthur Guttman: Forschung für den Eisenportlandzement [in:] „Beton-Information“, Nr. 1/2009, S. 15–24.

² Eine Auflistung der gedruckten Publikationen ist unter folgender Adresse verfügbar: <http://d-nb.info/gnd/142919039> [abgerufen am 30.10.2014].

gefragt wurde. Guttman versuchte, diese Pflicht zu umgehen. In einem Brief an den Rektor brachte er das Argument vor, dass er als Honorarprofessor ohne didaktische Funktion kein Beamter im Sinne der Ministerialverordnung sei und den Fragebogen nicht ausfüllen müsse. Das half jedoch nichts. Die Hochschulleitung zwang ihn, die Antworten auf die gestellten Fragen einzureichen. Guttman legte nur einen Teil von ihnen vor. Die Frage nach der arischen Herkunft ließ er unbeantwortet, wodurch ihm noch im selben Jahr die Lehrbefugnis entzogen wurde. Ein ähnliches Schicksal traf damals 11 weitere nicht-arische Professoren der Technischen Hochschule Aachen.

Im Dezember 1936 wurde Guttman außerdem aus seiner Funktion als Leiter der Prüfungsanstalt des VDEPZ entlassen. Gleichzeitig verlor er das Recht auf die Dienstwohnung, die sich im gleichen Gebäude wie die Prüfungsanstalt befand. Die Familie Guttman hatte in Düsseldorf eine eigene Wohnung, in die sie im Januar 1937 einzog. Zwei Wochen vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs flüchtete die ganze Familie nach Großbritannien. Am 6. Juni 1941 entzog das Reichssicherheitshauptamt Arthur Guttman die deutsche Staatsbürgerschaft. Aus diesem Grund entschied der Dekanatsrat der Universität Breslau im Februar 1942, ihm den Dokortitel abzuerkennen.

Die Familie Guttman hielt sich bis Kriegsende in Großbritannien auf. Arthur Guttman starb im Alter von 67 Jahren an einer Herzmuskelschwäche. Zwei Jahre später kehrten seine Ehefrau und seine Tochter nach Düsseldorf zurück.

Paul Tillich¹

Paul Tillich (1886–1965) wurde am 20. August in Starzeddel bei Guben geboren. Er war der Sohn des lutherischen Pastors Johannes Tillich und seiner Ehefrau Mathilde. Seine Mutter verstarb früh, so dass der Junge vom Vater erzogen wurde. Dessen Strenge und tiefer Glauben prägten die intellektuelle und ethische Haltung des jungen Paul. Ab dem Jahr 1901 besuchte er das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin, wo er auch die Reifeprüfung ablegte. Von 1904 bis 1908 studierte er Philosophie und Theologie an den Universitäten in Berlin, Tübingen, Halle an der Saale und Breslau. Die größte Bedeutung für seine geistliche Entwicklung hatten die religiösen Ansichten von Friedrich Wilhelm Schelling. Diese Ansichten wurden auch zum Gegenstand der Erörterungen in seiner Dissertation, die er 1910 verteidigte, wodurch er den Titel Dr. phil. der Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau erlangt.

Im Jahr 1909 legte Tillich sein erstes theologisches Examen ab, so dass er seelsorgerische Aufgaben in der evangelischen Kirche übernehmen konnte. Im gleichen Jahr übernahm er die Vertretung in einer evangelischen Gemeinde in Berlin-Lichtenberg. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, meldete er sich freiwillig als Feldprediger an die Westfront. Der Krieg hinderte ihn nicht daran, sich an der Universität Halle an der Saale zu habilitieren. Nach dem Abschluß der Habilitation begann er seine akademische Karriere - zunächst an der Universität Berlin (Theologie), später in Marburg (systematische Theologie), Dresden (Religionswissenschaften) und Frankfurt am Main (Philosophie und Soziologie).

Er engagierte sich in der Politik und für soziale Fragen. Er war ein religiöser Sozialist, der nach 1933 die Politik der Nationalsozialisten offen kritisierte (u.a. in seinem Buch „Die sozialistische Entscheidung“, das 1933 erschien). Aufgrund seiner Haltung wurde er 1933 als Professor der Universität Frankfurt/Main suspendiert. Im gleichen Jahr wanderte er in die USA aus, wo er als Professor für Theologie am Union Theological Seminary sowie an der Columbia-Universität in New York arbeitete. Im Jahr 1940 wurde er amerikanischer Staatsbürger, was zur Folge hatte, dass die Nationalsozialisten ihm die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen, wodurch ihm auch der Dokortitel aberkannt wurde.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieb Paul Tillich in den USA. Von 1955 bis 1962 war er Professor in Harvard, später übernahm er eine Professur an der

¹ Das Biogramm wurde anhand von Informationen von der Internetseite der Theologischen Fakultät der Universität Trier erarbeitet: <http://www.uni-trier.de/index.php?id=51249> [abgerufen am 23.11.2014].



Grabstein von Paul Tillich

Quelle: Wikipedia, Stichwort: Paul Tillich, Michael Gaebler – eigene Arbeit.

Universität Chicago. Paul Tillich gilt als einer der einflussreichsten protestantischen Denker des 20. Jahrhunderts². Er starb am 22. Oktober im Alter von 79 Jahren in Chicago.

² Eine Liste seiner wichtigsten Publikationen ist in der Datenbank der Deutschen Nationalbibliothek unter folgender Internetadresse verfügbar: <https://portal.dnb.de/opac.htm?met hod=simpleSearch&query=118622692>.

Abraham Albert Kahlberg¹

Albert Kahlberg wurde am 8. Februar 1883, als zehntes von elf Kindern eines jüdischen Kaufmanns in der kleinen niedersächsischen Stadt Uslar geboren. Seine Eltern starben früh, weswegen er bei seiner älteren Schwester Rahel aufgezogen wurde. Diese war mit dem Rabbiner Awrahm Tawrogi verheiratet. Albert Kahlberg folgte dem Beispiel seines Schwagers und zog für die Rabbinerausbildung in das über 600 Kilometer entfernte Breslau.

Möglicherweise lernte er dort die Breslauerin Katharina Weiss, geborene Riesenfeld, kennen, die Witwe eines Freundes, der im November 1914 an der russischen Front gefallen war. Sie heirateten 1916. Katharina brachte eine Tochter namens Lotte mit in die Beziehung ein, Josef ging aus der Ehe der Kahlbergs hervor.

In Breslau konnte man zu dieser Zeit nicht nur eine weithin anerkannte Rabbinerausbildung erhalten, sondern ebenfalls promoviert werden. Der Erwerb von Bildungspatenten wie des Doktorgrads, war die Eintrittskarte in die Welt des deutschen Bildungsbürgertums. Albert Kahlberg beschritt diesen Weg und zeigte damit auch, dass er nicht nur Teil einer jüdischen Gemeinde und des jüdischen Geisteslebens sein wollte, sondern ebenso die Integration in die deutsche Gesellschaft als selbstverständlich erachtete.

Am 30. März 1906 wurde Albert Kahlberg mit seiner Schrift „Die Ethik des Bachja ibn Pakuda“ an der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau promoviert. Er befasst sich darin mit den griechischen, arabischen und jüdischen Quellen des philosophischen Denkens von Bachja. Kahlberg attestiert dem jüdischen Philosophen „gewiss [...] der erste [gewesen zu sein], welcher das umfassende ethische Material, wie es sich in der Bibel und dem rabbinischen Schrifttum vorfindet, zu einem geschlossenen Ganzen verarbeitet“ zu haben.²

Fünf Jahre nach seiner Promotion wurde Albert Kahlberg als Rabbiner nach Halle an der Saale berufen. In der Gemeinde lehrte er das verbindende Band der drei



Albert Kahlberg, 1935

Quelle: Copyright Detlev Herbst.

¹ Die Ausführungen basieren auf den Lebenserinnerungen des Sohnes von Albert Kahlberg, Josef H. Kahlberg. Ich danke Herrn Detlev Herbst aus Uslar für die Zurverfügungstellung des Materials. Neben Briefen von Josef Kahlberg an Detlev Herbst ist sind die publizierten Erinnerungen maßgeblich gewesen: Kahlberg, Josef H. (2002): Deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens. Die Geschichte einer Familie die Glück hatte. (Schriftenreihe des Fördervereins Haus des Lebens e.V. Halle (Saale).

² Kahlberg, Albert (1906): Die Ethik Des Bachja Ibn Pakuda. Halle an der Saale, S. 29.



Albert i Lotte Kahlberg, 1916

Quelle: Copyright Detlev Herbst.

großen Weltreligionen. Sein Schüler, der bedeutende Holocaust-Theologe Emil L. Fackenheim, erinnert sich daran: „Im Bar-Mitzvah-Unterricht hat uns Rabbiner Albert Kahlberg [...] beigebracht, daß Christentum und Islam »Tochterreligionen« der jüdischen Religion sind. Ich habe mich seitdem immer gefragt, warum die »Töchter« oft so feindlich zur »Mutter« sind“³.

Patriotisch, deutsch und jüdisch zu sein war für Kahlberg kein Widerspruch, wie sich sein Sohn Josef erinnert: „Wir sahen unsere Aufgabe darin, deutsche Werte und deutsche Kultur unter den Juden zu wahren“⁴. Sein Leitartikel, in dem von Kahlberg gegründeten „Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle a.d.S.“, enthält ein Bekenntnis zu seinem Deutschtum und zeigt gleichzeitig die Verlogenheit des Nationalsozialismus auf: „Deutschland erwache! rufen recht eindrucksvoll die nationalsozialistischen Sprechchöre. Es gibt keinen Deutschen jüdischen Glaubens, der sich diesem Wunsche nicht aus vollem Herzen anschliesse. Freilich müssen wir es in anderem Sinn glauben, dass die Nationalsozialisten mit ihrer gewissenlosen Hetze Volksverdummung treiben und das rechte Erwachen verhindern. Leider haben sie damit großen Erfolg“⁵.

In der Pogromnacht vom 9. November 1938 musste der Rabbiner miterleben, wie die Synagoge seiner Gemeinde in Halle in Brand gesteckt wurde. Er selbst wurde verhaftet und in das KZ Buchenwald deportiert. Dort verblieb er glücklicherweise nicht lang, denn er erhielt Unterstützung von einem Studienkollegen aus Breslauer Zeit. Der Rabbiner Dr. Hermann Löb (Loeb) aus Götebor verhalf der Familie Kahlberg zur Einreiseerlaubnis nach Schweden. Mit der Auflage, Deutschland binnen einer Woche zu verlassen, wurde Albert Kahlberg aus der Haft entlassen. Die Nazis bereicherten sich unterdessen an seinen Hinterlassenschaften, wie zum Beispiel an der Bibliothek des Rabbiners.⁶

Trotz des erzwungenen Weges der Familie Kahlberg, ging die Schikane der Nazis weiter. Die Ausreise war für die Nationalsozialisten der willkommenen Anlass, die Kahlbergs auszubürgern. Diese „Strafexpatriation“ basierte auf der Unterstellung der deutschen Behörden, dass die geflohenen Juden »Gräuelpopaganda« im Ausland betrieben und daher der deutschen Staatsangehörigkeit nicht wür-

³ Fackenheim, Emil L. (2003): Glaube an Gott und „Idee Mensch“ nach Auschwitz. Jewish-Christian Relations. Online verfügbar unter http://www.jcrelations.net/Glaube_an_Gott_und_Idee_Mensch_nach_Auschwitz.2738.0.html, zuletzt aktualisiert am 14.09.2014.

⁴ Kahlberg 2002, S. 12.

⁵ Kahlberg, Albert (1930): *Deutschland erwache! In: Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle a. d. S.* 4 (175), S. 1.

⁶ Schroeder, Werner (2006): Beschlagnahme und Verbleib jüdischer Bibliotheken in Deutschland vor und nach dem Novemberpogrom 1938. In: Regine Dehnel (Hg.): Jüdischer Buchbesitz als Raubgut. Zweites Hannoversches Symposium. Frankfurt am Main: Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie : Sonderhefte, 88), S. 35.

dig wären⁷. „Das perfekt ausgeklügelte System der Rechtsbeugung verfolgte den Zweck, die geächteten Emigranten aller menschlichen Existenzgrundlagen zu berauben, um sie nachträglich zu vernichten.“⁸ Unter anderem bedeutete es den Verlust des Dokortitels. Wohlwollend beteiligte sich an dieser Ächtung auch die Universität Breslau⁹. Mit der Publikation im Reichsanzeiger verlor Albert Kahlberg am 15. März 1940 das Recht seinen Titel zu tragen.

In Schweden lebte die Familie Kahlberg im Schoße der jüdischen Gemeinde Göteborg ein einfaches Leben. Als Flüchtlinge ohne Arbeitserlaubnis erhielten sie erst 1948 die schwedische Staatsbürgerschaft. 1962 übersiedelte das Ehepaar in ein koscher geführtes Altersheim nach Hamburg. Während eines Besuches der dortigen Synagoge verstarb Albert Kahlberg, dreiundachtzigjährig am 19. Februar 1966.

Heute erinnert ein Stolperstein in seiner Geburtsstadt Uslar an den letzten Rabbiner von Halle.¹⁰ Erst 2011 sollte die Synagogengemeinde von Albert Kahlberg wieder einen eigenen Rabbiner erhalten.¹¹ Die Universität Breslau reiht sich mit der symbolischen Wiederaufnahme Albert Kahlbergs in die Alma Mater Wratislaviensis in das Gedenken an ihn ein.



Josef, Lotte i Albert Kahlberg, 1963

Quelle: Copyright Detlev Herbst.

⁷ Vgl. hierzu: Lehmann, Hans Georg (1985): Acht und Ächtung politischer Gegner im Dritten Reich. Die Ausbürgerung deutscher Emigranten 1933-45. In: Michael Hepp (Hg.): Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen. = Expatriation lists as published in the Reichsanzeiger 1933 - 45. München: Saur., hier S. 14.

⁸ Lehmann 1985, hier S. 17.

⁹ Vgl. hierzu: Kranich, Kai (2012): Anpassung im Nationalsozialismus. Die Universität Breslau und die Aberkennung von Dokortiteln. Wrocław: ATUT.

¹⁰ Sollingschule Uslar (2008): Dr. Albert Kahlberg. Uslar. Online verfügbar unter http://www.sollingschule-uslar.de/themen/news/stolpersteine/kahlberg_albert.html, zuletzt aktualisiert am 14.09.2014.

¹¹ Zöller Silvia (2011): Jüdische Gemeinde. Ein Rabbi für Halle. In: *Mitteldeutsche Zeitung*, 17.01.2011. Online verfügbar unter <http://www.mz-web.de/halle-saalekreis/juedische-gemeinde-ein-rabbi-nur-fuer-halle,20640778,17598988.html>, zuletzt geprüft am 14.09.2014.

2425

Gesehen.

Universität Breslau

52

Breslau, d. 14. 9. 1938.

15 SEP. 1938

T. 2303

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
Der Kurator der Universität in Breslau
Nr. 2465

Anl. den 7. September 1938

Philosophische Fakultät
Eingeg. 15. SEP. 1938
Tgb.-Nr. 1133

W F Nr. 2312/38

den Linden 69
Fernsprecher: 11 0030
Postsch. -konto Berlin 14402
Reichsbank Giro - Konto
- Postfach -

Nach der Bekanntmachung des Herrn Reichsministers des Innern vom 21. Juni 1938 in Nr. 142 des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers vom 22. Juni 1938 ist Otto Landsberg, geboren am 4. Dezember 1869 in Rybnik, der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden. Landsberg hat am 8. Oktober 1889 in der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau zum Dr. promoviert. Unter Bezugnahme auf Ziffer 11 des Erlasses vom 16. Dezember 1936 - W I a 1910/36 - und den Erlaß vom 15. Juli 1937 - W F 834 - ersuche ich, wegen Entziehung des Doktorgrades das Weitere zu veranlassen und mir von dem Geschehenen Mitteilung zu machen.

An

den Herrn Rektor der Universität in

Breslau

- d.d. Herrn Kurator der Universität u.d. Techn. Hochschule -

Im Auftrage
gez. Schwarz



Beglaubigt.

Verwaltungssekretär.

Entscheidung über die Aberkennung des Dokortitels von Otto Landsberg
Quelle: Archiv der Universität Breslau, S180, S. 52.

Otto Landsberg

Otto Landsberg wurde am 29.05.1865 als Sohn des jüdischen Kaufmannes Wilhelm Landsberg und seiner Frau Helene in Breslau geboren. Zum Zeitpunkt seiner Geburt wohnte die Familie in der Neuen Graupenstraße 1b – der heutigen ulica Krupnicza südwestlich des Ryneks in der Nähe des Stadtgrabens¹.

Nachdem Otto Landsberg das hiesige Friedrichs-Gymnasium zu Breslau besucht und mit dem Abitur abgeschlossen hatte, begann er sein Studium an der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau. Sein Hauptinteresse galt der Mathematik, die er im Hauptfach studierte. Darüber hinaus beschäftigte er sich mit der Physik, der Mineralogie und der Philosophie in den Nebenfächern². Ferner verbrachte Otto Landsberg einige Zeit seines Studiums in Berlin, um sich anderweitig fortzubilden. Er besuchte an der dortigen Universität Vorlesungen über Statistik und Nationalökonomie³.

Im Alter von 24 Jahren promovierte Otto Landsberg am 8.10.1889 an der Universität Breslau. Er reichte eine Abhandlung über Algebraische Untersuchungen über die Gruppen einer fünffachen Mannigfaltigkeit und ihrer Complexe ein. Des Gutachters einzige Kritik war, dass „der flott und übersichtlich geschriebenen Arbeit [] nur hin und wieder mehr Sorgfalt in der Diction zu wünschen [wäre]“⁴. Die 81-seitige Dissertation, wurde später unter dem Titel Untersuchungen über die Gruppen einer linearen fünffachen Mannigfaltigkeit vom Preuß und Jünger Verlag in Breslau veröffentlicht⁵.

In den folgenden Jahren führte Otto Landsberg seine Arbeit über Berlin, Stuttgart und Elberfeld (Wuppertal) schlussendlich nach Magdeburg. Dort wurde er von den Stadtverordneten zum Direktor des statistischen Amtes gewählt, wo er 1904 zu arbeiten begann.

Otto Landsberg publizierte in Magdeburg hochwertige statistische Jahresberichte und wurde dafür sowohl in Fachkreisen als auch von der Stadtverwaltung respektiert und anerkannt. Ihm wurde daher 1906 die Professorenwürde verliehen.

¹ Vgl. Staatsarchiv Breslau: Stadtamt II/26 Signatur 89. Blatt 174.

² Vgl. Universitätsarchiv Breslau: Promotionsalbum 1889. Signatur S 164. Blatt 1.

³ Vgl. WWW:<http://www.uni-magdeburg.de/mbI/Biografien/O672.htm>

⁴ Vgl. Electronic Research Archive for Mathematics. Jahrbuch Database.

⁵ Vgl. Ebd.

Otto Landsberg lag das Gemeinwohl am Herzen; Magdeburg hatte in ihm einen Wohltäter gefunden. Er versuchte stets, sein Fachwissen und seine Fachkompetenz in soziales Engagement umzusetzen. So schrieb er 1908 sein erstes Memorandum zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und verfasste daran anknüpfend 1917 Leitlinien zur Unterstützung von Erwerbslosen. Während des ersten Weltkrieges war seine Behörde für die Lebensmittelversorgung zuständig. Als er 1917 zum besoldeten Stadtrat der Stadt Magdeburg ernannt wurde, machte er sich auf verschiedensten kommunalen Gebieten nützlich: er förderte sowohl das Straßenbahn- als auch das Ausstellungswesen und modernisierte das Gas- und Elektrizitätswerk.

Zehn Jahre später wurde Otto Landsberg 1927 zum zweiten Bürgermeister Magdeburgs gewählt. Er war als Kämmerer für das Finanzwesen zuständig und verfolgte die Linie der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Stadtverwaltung auch in schwierigen politischen Zeiten. Im Alter von 60 Jahren musste Landsberg 1930 aus Altersgründen seine Arbeit aufgeben.

Am 22.11.1938 wurde dem 68-jährigen Otto Landsberg nach dem §2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt und mit ihr der Dokortitel entzogen. Der zweite Paragraf des Gesetzes richtet sich an „Reichsangehörige, die sich im Ausland aufhalten“, deren Verhalten „gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk [verstoßen hat, wodurch sie] die deutschen Belange geschädigt haben“⁶.

Otto Landsberg emigrierte noch vor 1938 nach Großbritannien, wo er 1942 in der Stadt Leicester verstarb⁷.

Die Entziehung seiner Doktorwürde wurde mit einem offiziellen Schreiben wirksam gemacht, in dem insgesamt 23 Doktoren der Friedrichs-Wilhelm-Universität der Titel aberkannt wurde. In dem Schreiben, aber auch in anderen Unterlagen der Universität zur Entziehung seines Doktorgrades, wird der Mathematiker mit dem berühmten jüdischen SPD-Politiker Otto Landsberg verwechselt – der vermutlich nie einen Fuß in die Universität Breslau gesetzt, geschweige denn dort promoviert hatte⁸.

⁶ Vgl. [WWW:http://www.documentarchiv.de/ns/1933/deutsche-staatsangehoerigkeit_ges.html](http://www.documentarchiv.de/ns/1933/deutsche-staatsangehoerigkeit_ges.html) (zuletzt aufgerufen: 27.10.14)

⁷ Vgl. [WWW:http://www.uni-magdeburg.de/mbf/Biografien/O672.htm](http://www.uni-magdeburg.de/mbf/Biografien/O672.htm) (zuletzt aufgerufen: 27.10.14)

⁸ Vgl. Universitätsarchiv Breslau: Doktorentziehungen. Signatur S 280. Blatt 6.

Mateusz Matuszyk

Hugo Steinthal¹

Hugo Steinthal (1893-1961) wurde am 27. Juli in Saarbrücken geboren. Er war der Sohn von Josef Steinthal und Fanny, geborene Stolzberg. Im Alter von 21 Jahren begann er das Studium der Geschichte und Philosophie an der Universität Freiburg. Nach wenigen Monaten unterbrach er sein Studium, weil der Erste Weltkrieg ausgebrochen war, und trat in die deutsche Armee ein. Im Jahr 1916 wurde er aufgrund seiner Verwundung aus dem Armeedienst entlassen.

Nach seiner Genesung setzte Hugo Steinthal sein Studium an den Universitäten München, Freiburg und Breslau fort. An der letzteren verteidigte er 1921 seine Doktorarbeit unter dem Titel „Die Juden im Fränkischen Reich. Ihre rechtliche und wirtschaftliche-soziale Stellung“ und erlangte den Titel des Dr. phil. der Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau. Danach setzte er seine wissenschaftliche Arbeit nicht fort - seit Kriegsende war er Rabbiner in seiner Heimatstadt Saarbrücken, wo er sich der Arbeit für die jüdische Gemeinde widmete.

Im Jahr 1928 wurde Hugo Steinthal zum ersten Mal Opfer von antisemitischen Einstellungen. Als er das Haus der Jüdischen Gemeinde verließ, wurde er überfallen und geschlagen, worauf er ins Krankenhaus kam². Zum Zeitpunkt der Machtergreifung durch die Nazis und der Verhängung der Nürnberger Gesetze verstand Steinthal, dass seine Familie in tödlicher Gefahr ist. Im Jahr 1935 ging er deshalb mit der ganzen Familie nach Frankreich. Aufgrund seiner Flucht entzog ihm das Reichssicherheitshauptamt die Staatsangehörigkeit, was zur Folge hatte, dass ihm aufgrund einer Entscheidung der Breslauer Universitätsleitung der wissenschaftliche Titel entzogen wurde.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kehrte Steinthal mit seiner Familie nach Saarbrücken zurück, wo er als Buchhändler arbeitete. Er starb im Alter von 68 Jahren.



Hugo Steinthal

Quelle: Mit freundlicher Genehmigung des Leo-Baeck-Instituts.

¹ Das Biogramm wurde anhand der Beschreibung der Sammlung von Hugo Steinthal erarbeitet, die im Leo-Baeck-Institut verfügbar ist: <http://digifindingaids.cjh.org/?pID=475540> [abgerufen am 10.11.2014].

² Gunther Siegmund Sten, Nazis, Women and Molecular Biologie: *Memoirs of a Lucky Self-hater*; Kensington 1998, S. 17.

Elfriede Danziger

„In der Wohnung meiner Großeltern gab es die schönsten deutschen Möbel: einen runden Esstisch, eine Wanduhr, einen Schrank mit Glasfenstern, einen großen Bücherschrank und ein Buffet – alles aus dunklem Holz in Spitzenqualität [...] Typische Jecken eben!“¹ erinnert sich der Enkelsohn von Dr. Elfriede und Dr. Karl Danziger. Wenn der heutige Professor für Holocauststudien, Gideon Greif, seine Großeltern besuchte, fuhr er nicht etwa in den Schwarzwald oder einen anderen Ort in Deutschland. Sein Weg führte ihn in die Tel-Aviver Ben-Yehuda-Straße, einer Gegend, in der die deutsch-jüdische Exilgemeinde Zuflucht gefunden hatte. Die „Jecken“ prägten das Straßenbild, es wurde deutsch gesprochen. Auch Elfriede und Karl Danziger sprachen nur deutsch. Ihr Weg nach Palästina war kein freiwilliger.

Elfriede Danziger, geborene Goldmann, wurde am 11. Februar 1894 in Friedland (Niederschlesien) geboren. Ihre Eltern David Goldmann und Charlotte Emilie Goldmann hatten fünf Töchter und zwei Söhne. Beide Brüder von Elfriede Danziger – Ernst und Max – nahmen mit 17 Jahren am Ersten Weltkrieg teil, und ließen ihr Leben für Kaiser und Reich². Ihr Studium der Medizin führte Elfriede über München nach Breslau, wo sie am 20. Oktober 1920 mit der Arbeit „Zur Therapie der Abdominal-Tuberkulose im Kindesalter“ an der Universitätskinderklinik Breslau promoviert wurde. Im Anschluss ließ sie sich zur Kinderärztin ausbilden und eröffnete eine eigene Praxis in Brieg. Zu dieser Zeit gab es erst sehr wenige Frauen als Ärzte und jüdische Kinderärztinnen waren noch seltener. In Brieg engagierte sich Elfriede Danziger in der Säuglingspflege und war Leiterin der örtlichen Säuglingsfürsorgestelle³.

In Brieg lernte Elfriede ihren späteren Mann kennen. Der zehn Jahre ältere Karl Danziger stammte aus Hindenburg. Dort kam er am 31. August 1884 zur Welt kam. Er studierte Medizin in Heidelberg, Würzburg und Breslau. Promoviert wurde er am 18. April 1913 über die „Spontanfrakturen von Wirbelsäule und Kiefer bei Tabes dorsalis“ ebenfalls in der Odermetropole. Er nahm als deutscher Offizier am Ersten Weltkrieg teil und erhielt für seinen Einsatz im Seuchenlazarett das Eiserne

¹ Von der Tochter des Ehepaars Danziger, Beatrice Greif, korrigierte Version eines Zitates von Gideon Greif, Greif 2006, S. 83; Email an den Autor vom 7. Dezember 2014.

² Kranich Kai (25.11.2014): Karl und Elfriede Danziger. Interview mit Gideon Greif. Köln. handschriftliche Notizen.

³ Zabel Hermann (2004): Beate Greif. In: Hermann Zabel (Hg.): Nächstes Jahr in Jerusalem. Gespräche mit Israelis deutscher Muttersprache. Essen (Beiträge zur Förderung des christlich-jüdischen Dialogs, 20), S. 165.



Dr. Elfriede Danziger im Labor als junge Ärztin, 1920

Quelle: Privatarchiv von Gideon Greif.



Dr. Karl Danziger mit dem Personal
im Krankenhaus. 1914

Quelle: Privatarchiv von Gideon Greif.

Kreuz. Nach dem Krieg ließ er sich als Internist in Brieg nieder und war Vertrauensarzt der Allgemeinen Ortskrankenkasse dort⁴. Wie seine Frau, gehörte er zwar der jüdischen Gemeinde an, war aber nicht besonders religiös⁵.

Nachdem mit der nationalsozialistischen Machtübernahme Antisemitismus zur Staatsmaxime wurde, verloren beide Ärzte ihre Approbation und damit das Recht zu praktizieren. Nicht überall in Deutschland ließ sich die staatlich organisierte Ausgrenzung der Juden aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben gleichermaßen stark und zeitgleich durchsetzen. Oberschlesien hatte einen vom Völkerbund überwachten Sonderstatus. Die Nürnberger Gesetze von 1935 kamen in Oberschlesien nicht zur Anwendung, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen. Was aber nicht heißen soll, dass die oberschlesischen Juden von Boykottaktionen und Gewaltexzessen verschont blieben⁶.

Die Familie von Karl Danziger kam aus Hindenburg und so stand der Weg offen nach Oberschlesien zu ziehen. Die Minderheitenschutzregelung verschaffte der Familie Danziger eine Verschnaufpause. Sie konnten eine neue Praxis aufbauen. Das Genfer Abkommen lief 1937 aus, und die jüdische Bevölkerung konnte den „verschärfenden Maßnahmen der Nationalsozialisten nicht mehr entgehen“⁷. Nur ein Jahr später, im Zuge des Novemberpogroms von 1938, wurde Karl Danziger in das KZ-Buchenwald verschleppt. Der Familiengeschichte folgend, machte sich Elfriede auf den Weg nach Berlin, um in der Gestapo Hauptzentrale für die Freilassung ihres Mannes zu kämpfen. Sie war eine unkonventionelle Frau, wie sich ihr Enkel erinnert, ausgestattet mit „intellektueller Schönheit, Stärke und Stolz.“⁸ Trotz ihres Einsatzes war ihr Mann mehrere Monate im Konzentrationslager und kam als anderer Mensch wieder heraus. Auf dem Bahnsteig erkannte die Tochter ihren eigenen Vater nicht mehr⁹. Er war für den Rest seines Lebens ein trauriger und depressiver Mann¹⁰. Trotz der Ereignisse hatte die junge Familie Glück im Unglück. Durch bereits bestehende verwandtschaftliche Beziehungen nach Palästina und ausreichend finanzieller Ressourcen, konnten die Danzigers ein begehrtes „Zertifikat“ für die Ausreise in das britische Mandatsgebiet erhalten. Die Schwester von Elfriede Danziger, Gertrud Goldmann¹¹, wollte hingegen in Deutschland bei der kranken Mutter bleiben und wurde später in Auschwitz umgebracht.

⁴ Zabel 2004, S. 166.

⁵ Kranich 25.11.2014.

⁶ Cartarius Julia (2014): Juden in Oberschlesien, 1921-1945. In: Andreas Brämer, Arno Herzig und Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Jüdisches Leben zwischen Ost und West. Neue Beiträge zur jüdischen Geschichte in Schlesien. Göttingen, Niedersachs: Wallstein (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, 44), S. 88.

⁷ Cartarius 2014, S. 79.

⁸ Kranich 25.11.2014.

⁹ Zabel 2004, S. 169.

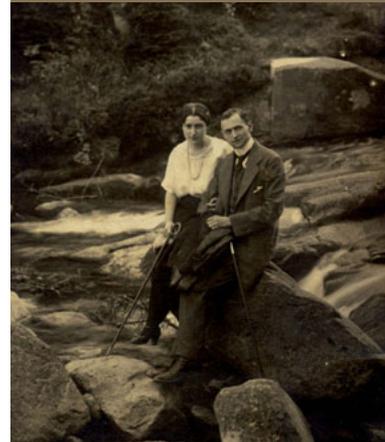
¹⁰ Kranich 25.11.2014.

¹¹ Geboren am 24. Februar 1890, gestorben am 6. Mai 1943.

Wie schon bei anderen jüdischen Akademikern nahm die nationalsozialistische Regierung die Flucht der Familie Danziger aus Deutschland zum Anlass, um die Staatsangehörigkeit zu entziehen. Ein dem folgender Automatismus war die Aberkennung des Doktorgrades. In der pervertierten Logik des Nationalsozialismus konnte niemand einen deutschen akademischen Grad tragen, der sich als unwürdig erwiesen hatte, die deutsche Staatsangehörigkeit zu führen. Am 12. Juni 1940 wurde die Aberkennung des Doktorgrades von Elfriede und Karl Danziger im Reichsanzeiger veröffentlicht und damit wirksam.

Beide Akademiker verloren ihren Doktorgrad in einem Jahr, in dem die Aberkennungswelle ihren Höhepunkt erreichte. 1940 verloren allein an der Universität Breslau 108 Personen ihren Titel. Zum Vergleich: Im selben Jahr wurden an der dortigen Juristischen, Philosophischen und den beiden Theologischen Fakultäten in Summe nur 77 Personen promoviert¹².

In Tel-Aviv angekommen, mussten die beiden ausgebildeten und promovierten Ärzte erst wieder als Krankenpfleger und in anderen Berufen arbeiten, bis sie 1944 die Erlaubnis bekamen, eine eigene Praxis zu eröffnen¹³. Zum dritten Mal in ihrer gemeinsamen Zeit schafften sie es, eine selbständige Existenz in ihrer Profession aufzubauen. Elfriede Danziger war darüber hinaus sozial engagiert. Sie arbeitete freiwillig in Ma'abara Gelil, einer Zeltstadt für Flüchtlinge aus der ganzen Welt. Ihre beiden Töchter leben noch heute in Tel-Aviv. Karl Danziger starb bereits früh. Elfriede Danziger folgte ihrem Mann am 19. April 1976.



Dr. Elfriede Danziger und Dr. Karl Danziger beim Wandern, Juli - August 1921

Quelle: Privatarchiv von Gideon Greif.



Dr. Karl Danziger, Dr. Elfriede Danziger, Dr. Berthold Stein (Hauptchemiker in der Firma IG. Farben) Sohn Ludwig Stein in Tel Aviv, 1939

Quelle: Privatarchiv von Gideon Greif.

¹² Zahlen nach eigener Berechnung. Vgl. hierzu auch Kranich Kai (2012): Anpassung im Nationalsozialismus. Die Universität Breslau und die Aberkennung von Dokortiteln. Wrocław: ATUT, S. 151.

¹³ Greif Gideon (2006): Die Jeckes. In: Hermann Zabel, Andreas Disselnkötter und Sandra Wellinghoff (Hg.): Stimmen aus Jerusalem. Zur deutschen Sprache und Literatur in Palästina/Israel. Berlin: Lit (Deutsch-israelische Bibliothek, 2), S. 80; Kranich 25.11.2014.

Erklärung

Präambel:

Die Universität zu Köln hat 1951 die Patenschaft über die ehemalige deutsche Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau übernommen und befindet sich heute in einem vertraglichen Partnerschaftsverhältnis zur Universität Wrocław. Die Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau wurde 1945 aufgelöst und hat keine Rechtsnachfolgerin.

Erklärung

Die Universität Wrocław und die Universität zu Köln stellen übereinstimmend fest, dass durch Organe der Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau in den Jahren der deutschen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945 im Namen der Universität aus politischen, und rassistischen Gründen oder Motiven an Mitgliedern und Angehörigen der Universität Unrecht begangen worden ist.

Die deutschen Breslauer Universitätsorgane haben in diesen Jahren Doktorgrade entzogen, Relegationen von Studierenden vorgenommen und Verfolgungen eingeleitet, die zu Entlassungen, Vertreibungen oder Gefährdungen von Leib und Leben geführt haben.

Diese Akte der politischen Verfolgung haben die Menschenrechte verletzt. Sie waren rechtswidrig, willkürlich, menschenverachtend und einer Universität unwürdig. Die Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau hat sich an den Opfern dieser Willkürmaßnahmen schuldig gemacht. Die von den Universitätsorganen zu verantwortenden Verfolgungen widersprachen zutiefst den humanistischen Idealen, denen sich die Universitäten in Wrocław und in Köln heute verpflichtet fühlen.

Die Universitäten erklären weiterhin, dass sie die Aberkennung des Doktorgrades der genannten Personen für null und nichtig und deshalb für rechtlich unwirksam halten.

Die Quellen des Universitätsarchivs weisen über 250 Personen aus, die von den deutschen Verfolgungen und der Aberkennung ihres Doktorgrades betroffen waren. Aufgrund der lückenhaften Aktenlage ist zu vermuten, dass weiteren Personen Doktorgrade unrechtmäßig entzogen wurden. Diese Erklärung schließt diesen Personenkreis ausdrücklich mit ein.

